

Mandantenaufklärung hinsichtlich Datenschutz der Rechtsanwaltskanzlei Pohlenk & Hankowetz

Innerhalb unserer Kanzlei wurde eine Datenschutzbeauftragte installiert, welche sich für die datenschutzrechtlichen Belange im Zusammenhang mit Mandantendaten verantwortlich zeichnet und welche als Verantwortliche im datenschutzrechtlichen Sinn hiermit angegeben wird. Es handelt sich hierbei um Frau Simone Schoeppe-Kohler, welche unter der geschäftlichen Anschrift D.-Martin-Luther-Straße 17, 93047 Regensburg, Tel.: 0941/5993998-0, E-Mail: sekretariat@ph-rechtsanwaelte.de erreichbar ist.

Quelle der hier bezogenen Daten:

Die Datenerhebung in unserer Kanzlei findet regelmäßig durch Übermittlung durch Sie an uns statt, damit wir als Ihre Rechtsbeistände den uns obliegenden vertraglichen Verpflichtungen aus dem geschlossenen Mandatsverhältnis nachkommen können. Die Verarbeitung der so an uns übermittelten personenbezogenen Daten ist für die ordnungsgemäße Mandatsbearbeitung notwendig. Nachteile im Zuge der Mandatsbearbeitung wären für Sie zu befürchten, wenn hier in unserer Kanzlei Ihre personenbezogenen Daten nicht erhoben, gespeichert und verarbeitet werden dürften.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass dies auch im Vorfeld einer Mandatsaufnahme stattfindet, da es uns ansonsten nicht möglich ist, im Vorbereitungsstadium eines möglichen an uns herangetragenen Mandats mit Ihnen zu kommunizieren und auch den Vertrag letztendlich abschließen können.

Im Zuge der Mandatsbearbeitung ist es regelmäßig erforderlich, sofern dies aufgrund der Besonderheit des Einzelfalles berufsrechtlich verboten ist, personenbezogene Daten zu verarbeiten, welche wir von Dritten (z.B. Ermittlungs- und sonstige Verwaltungsbehörden, Gerichte) in rechtlich zulässiger Form für die jeweilige Mandatsbearbeitung erhalten haben. Hervorzuheben ist in diesem Fall vor allem die Datenerhebung und Verarbeitung aus erfolgten behördlichen Akteneinsichtnahmen.

Sofern es für das jeweilige Mandat im Einzelfall erforderlich ist, werden wir auch Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen nutzen, wobei dies Erhebung und Verarbeitung durch das jeweilige Mandat begrenzt ist.

Datenzugang in unserer Kanzlei:

Sofern Sie uns im Rahmen eines Mandatsverhältnisses von einer Verschwiegenheit entbinden, wie es etwa für die Kommunikation mit Behörden und Gerichten notwendig ist, werden wir im Rahmen des Mandatsverhältnisses entsprechend tätig.

Sollten externe Dienstleister, wie etwa EDV-Dienstleistungsanbieter oder zertifizierte Aktenvernichtungsunternehmen in Kontakt zu personenbezogenen Daten kommen, ist durch unsere Kanzlei schon jetzt sichergestellt, dass diese Partner sich vertraglich zur berufsrechtlichen und datenschutzrechtlichen Verschwiegenheit uns gegenüber verpflichtet haben.

Es wird durch uns darauf hingewiesen, dass die von Ihnen an uns zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten nicht an ein Drittland oder eine international tätige Organisation übermittelt werden. Sollte dies im Einzelfall innerhalb einer Mandatsbearbeitung notwendig werden (z.B. Korrespondenz mit internationalen Ermittlungsbehörden oder international zuständigen Gerichten) wird dies unsererseits nur nach expliziter vorheriger Ihrerseitiger Einwilligung erfolgen.

Ein so genanntes vollautomatisiertes Entscheidungsfindungsverfahren im Sinne des Art. 22 DS-GVO kommt bei der hier bei uns vorgenommenen Datenerhebung und Verarbeitung nicht zum Einsatz.

Datenerhebungszweck und Rechtsgrundlage:

An unsere Kanzlei ordnungsgemäß überlassene personenbezogene Daten werden selbstverständlich gemäß den gesetzlichen Bestimmungen der europäischen Datenschutzverordnung (DS-GVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) verarbeitet. Hierzu teilen wir Ihnen die entsprechenden datenschutzrechtlichen Grundlagen mit:

Einwilligung zur Speicherung und Verarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO

Das Mandatsverhältnis stellt regelmäßig den Zweck der Speicherung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten dar. Die Ihrerseits hierauf erteilte Einwilligung kann durch Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Dies gilt auch für Einwilligungen, welche vor der Geltung der DS-GVO, mithin vor dem 25.05.2018, erteilt worden sind. Sollten durch unsere Kanzlei Speicherungen und Datenverarbeitungen vor einem etwaigen Widerruf stattgefunden haben, bleiben diese von dem erfolgten Widerruf unberührt.

Speicherung und Datenverarbeitung zum Zwecke der Erfüllung vertraglicher Pflichten gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO

Aufgrund der Anbahnung von Vertragsverhältnissen und auch der Durchführung späterer Mandatsverhältnisse ergibt sich ein vertraglicher Zweck zur Datenverarbeitung, da nur hierdurch unsere Kanzlei in die Lage versetzt wird, den mit Ihnen geschlossenen Vertrag zu erfüllen.

Speicherung und Datenverarbeitung aufgrund gesetzlicher Vorgaben gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO

Sofern gesetzliche Vorgaben der Datenspeicherung und Datenverarbeitung erfüllen sind, sind wir gezwungen, diese zu erfüllen. Es handelt sich hierbei beispielweise um berufs- und steuerrechtliche Aufbewahrungspflichten und Aufbewahrungspflichten zum Nachweis von erteilten Mandanteninformationen und -hinweisen.

Gleiches gilt für die Fälle, in welchen eine Speicherung und Datenverarbeitung in einem öffentlichen Interesse steht (**Art. 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO**).

Speicherung und Datenverarbeitung aufgrund einer Interessenabwägung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO

Speicherung und Datenverarbeitung ergeben sich auch aus für uns bestehenden berechtigten Interessen, da es für unsere Kanzlei notwendig sein kann, Ihre personenbezogenen Daten über den Zeitpunkt der eigentlichen Vertragserfüllung hinaus zu speichern und zu verarbeiten. Ein derartiges diesseitiges Interesse kann beispielhaft in der Geltendmachung rechtlicher Ansprüche, der Abwehr von an uns gerichteter Ansprüche oder sogar der Abwehr strafbarer Handlungen bestehen.

Es muss auch in diesen Fällen im Einzelfall eine so genannte Interessenabwägung stattfinden. Eine Speicherung oder Datenverarbeitung darf im Einzel nur erfolgen, wenn das seitens unserer Kanzlei geäußerte berechtigte Interesse nicht im Verhältnis zu Ihren Interessen oder auch den Ihnen zustehenden Grundrechten und sonstigen Rechten auf eigene Datenverwaltung, mithin „Ihrem Recht auf Ihre Daten“, überwiegt.

Dauer der Speicherung und Datenverarbeitung:

Eine Speicherung und Datenverarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten innerhalb unserer Kanzlei erfolgt wenigstens bis Beendigung des Vertragsverhältnisses, sofern nicht ein Fall des oben mitgeteilten Art. 6 DS-GVO vorliegt. Spätestens mit Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder dem Wegfall unserer berechtigten Interessen werden Ihre Daten automatisch gelöscht. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie darüber informieren, dass allein aufgrund berufs- und steuerrechtlicher Vorgaben hier eine Aufbewahrung- und Dokumentationspflicht von 10 Jahren besteht. In Einzelfall können sich aufgrund gesetzlicher Vorgaben der Erhaltung von Beweismitteln und vollstreckbaren Titeln Aufbewahrungspflichten im Rahmen der Verjährungsfristen von bis zu 30 Jahren ergeben.

Ihre Rechte:

Ihnen steht als Inhaber der personenbezogenen Daten ein Auskunftsrecht gemäß Art. 15 DS-GVO zu. Dies bedeutet, dass Ihnen ein unentgeltliches Recht uns gegenüber dahingehend zusteht, ob und welche Daten über Ihre Person hier gespeichert sind und welcher Zweck mit dieser Speicherung verfolgt wird.

Auch steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung Ihrer Daten gemäß Art. 16 DS-GVO zu. Hiernach können Sie von dem Verantwortlichen unentgeltlich die unverzügliche Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten fordern. Dies gilt auch im Falle einer etwaig notwendigen Vervollständigung unrichtiger personenbezogener Daten.

Darüber hinaus steht es Ihnen zu, die Löschung Ihrer Daten gemäß Art. 17 DS-GVO zu verlangen. Dieser Anspruch auf unentgeltliche unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten („Recht auf Vergessenwerden“) steht Ihnen dann zu, wenn einer der nachfolgend aufgeführten Gründe zutrifft:

- Der Zweck, für welchen die personenbezogenen Daten erhoben wurden, ist weggefallen
- Die von Ihnen zunächst erteilte Einwilligung zur Speicherung und Datenverarbeitung wird von Ihnen widerrufen oder Sie widersprechen ihr und eine anderweitige Rechtsgrundlage für die in unserer Kanzlei notwendige Speicherung und Datenverarbeitung liegt nicht vor
- Die hier gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten wurden durch uns unrechtmäßig erhoben
- Die fraglichen personenbezogenen Daten wurden in Zusammenhang mit angebotenen Diensten gemäß Art. 8 Abs. 1 DS-GVO erhoben.
- Die Löschung der personenbezogenen Daten hat auf Grund der Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Recht der Europäischen Union, dem Recht eines Mitgliedsstaates, welchem unsere Kanzlei im Einzelfall unterliegt oder einer internationalen sonstigen Behörde, welchem unsere Kanzlei im Einzelfall gleichfalls unterliegen sollte, zu erfolgen

Des Weiteren steht Ihnen ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO, § 35 BDSG zu, sofern eine der nachfolgend aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist:

- Sie zweifeln die Richtigkeit der personenbezogenen Daten an
- Es liegt eine unrechtmäßige Datenverarbeitung vor, Sie wollen aber die Löschung nicht veranlassen
- Die hier vorliegenden personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Datenverarbeitung eigentlich nicht weiter benötigt, sie wollen aber diese Daten noch für die Geltendmachung von Ansprüchen oder sonstiger Rechtsausübung weiter behalten
- Durch Sie wurde ein Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt, es steht aber noch nicht fest, ob die diesseitigen berechtigten Interessen oder sonstige zuvor geschilderten diesseitigen Verpflichtungen überwiegen. In diesen Fällen wird die Datenverarbeitung von uns automatisch eingeschränkt.

Ihnen steht gemäß Art. 20 DS-GVO ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu. Dies bedeutet, dass Sie die von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format von dem Verantwortlichen einfordern können. Sofern dies von Ihnen gewünscht ist, darf die Weiterleitung an einen anderen Verantwortlichen von uns nicht behindert werden.

Selbstverständlich können Sie eine einmal nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO (Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten) erteilte Einwilligung zurückziehen. Hiervon wird allerdings die Rechtmäßigkeit der bereits erfolgten Datenverarbeitung nicht berührt.

Gemäß Art. 21 DS-GVO besitzen Sie ein Widerspruchsrecht bezüglich dessen Ausübung Sie sich bitten an den Verantwortlichen wenden mögen. Auch besitzen Sie darüber hinaus ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde gemäß Art. 13 Abs. 2 lit. d, 77 DS-GVO, welches Sie gegenüber dieser ausüben können.

Ort Datum

Unterschrift